

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Zentralrat verlangt Signal des Gesetzgebers gegen Neonazis

Konsequentes Vorgehen gegen Täter von Mügeln/Sachsen gefordert

Nach den gestrigen pogromartigen Übergriffen von 50 - offenbar rechtsextremistischen - Tätern gegen eine Gruppe von acht Indern im sächsischen Mügeln, forderte der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, heute in einer Erklärung ein konsequentes Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden. Zur besseren Bekämpfung rassistisch motivierter Gewalttaten durch einzelne und Gruppen sei endlich auch ein politisches Signal des Gesetzgebers notwendig, erklärte Rose. Man brauche gegen solche Taten ausdrückliche Strafgesetze, die potentielle Täter mehr als bisher abschrecken und derartige Straftaten gesellschaftlich besonders ächten, so Rose.

Der Zentralratsvorsitzende begrüßte ausdrücklich die Bundesratsinitiative der Justizministerinnen Dr. Angela Kolb (Sachsen-Anhalt, SPD) und Beate Blechinger (Brandenburg, CDU) für schärfere Strafgesetze bei rassistischer Gewalt, die auch von Sachsen und vier weiteren Bundesländern unterstützt wird. Rose will sich mit der Forderung, diesem Ansatz zu folgen, auch an die Justizminister und -senatoren der übrigen Bundesländer wenden und sie bitten, die im Bundesrats-Entwurf der Ministerinnen konkret vorgeschlagenen Ergänzungen des Strafgesetzbuchs mitzutragen. Mit Änderungen der Paragraphen 47 und 56 des Strafgesetzbuchs soll unter anderem erreicht werden, dass rassistische Motive bei einer Gewalttat strafverschärfend berücksichtigt werden.